Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2636

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 31109 — 5833/64

Bonn, den 19. Oktober 1964

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. September 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar über die Förderung von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der deutsche und französische Wortlaut des Vertrages und des Protokolls vom 21. September 1962, fünf zum Vertrag gehörige Briefwechsel sowie eine Denkschrift sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 273. Sitzung am 16. Oktober 1964 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Blank

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. September 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar über die Förderung von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 21. September 1962 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar über die Förderung von Kapitalanlagen, dem Protokoll und den fünf Briefwechseln vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf steuerliche Vorschriften bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen..

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar über die Förderung von Kapitalanlagen

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République Malgache relatif à l'encouragement des investissements

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE REPUBLIK MADAGASKAR,

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird die Kapitalanlagen, welche Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet vornehmen, nach Möglichkeit fördern. Sie wird diese Kapitalanlagen in jedem Falle gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in gleichartigen Fällen hinsichtlich der in ihrem Eigentum oder unter ihrer tatsächlichen Kontrolle stehenden Kapitalanlagen, hinsichtlich ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen sowie hinsichtlich der Verwaltung, der Nutzung und des Gebrauchs derselben nicht ungünstigeren Bedingungen unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften.

Artikel 3

(1) Die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommenen Kapitalanlagen genießen vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei vorgenommenen Kapitalanlagen dürfen nur enteignet werden, wenn es das allgemeine Wohl nach Maßgabe der Gesetze erfordert und nur unter der Bedingung einer gerechten Entschädigung, die dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen muß. Diese Entschädigung muß tatsächlich verwertbar sein, unverzüglich

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
LA RÉPUBLIQUE MALGACHE

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux États,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables aux investissements par des nationaux et des sociétés de l'un des deux États sur le territoire de l'autre État et

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations,

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1er

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible les investissements que des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie Contractante réaliseront sur son territoire. Elle traitera ces investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

Aucune Partie Contractante ne soumettra, dans des cas identiques, sur son territoire, les nationaux et les sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les investissements dont ils sont propriétaires ou qui sont soumis à leur contrôle effectif, en ce qui concerne les activités professionnelles et économiques liées à leurs investissements, ainsi qu'en ce qui concerne l'administration, la jouissance et l'utilisation de ces investissements, à des conditions moins favorables que celles auxquelles sont soumis ses propres nationaux et sociétés.

Article 3

(1) Les investissements réalisés sur le territoire d'une Partie Contractante par des nationaux et sociétés de l'autre Partie Contractante jouiront d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les investissements réalisés sur le territoire d'une Partie Contractante par des nationaux ou sociétés de l'autre Partie Contractante ne pourront faire l'objet d'une expropriation si ce n'est lorsque l'exigera l'utilité publique constatée dans les formes légales et sous la condition d'une juste indemnité, qui devra correspondre à la valeur de l'investissement frappé d'expropriation. Cette indemnité devra être effectivement réalisable, versée

geleistet werden und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Gerichtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, deren Kapitalanlagen durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schäden erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen oder sonstigen Entschädigungen nicht ungünstiger behandelt, als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder die eines dritten Staates. Die zu diesem Zweck geleisteten Beträge sind frei transferierbar.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für Erträgnisse von Kapitalanlagen.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer:

a) der Erträgnisse der Kapitalanlagen gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 8 Abs. 2;
b) des Liquidationserlöses der Kapitalanlagen;
c) der in Artikel 3 Abs. 2 vorgeschriebenen Enteignungsentschädigung;
d) der im Rahmen des Artikels 3 Abs. 3 als Rückerstattungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen oder sonstige Entschädigungen geleisteten Beträge.

In den in Artikel 5 genannten Fällen erstreckt sich die Gewährleistung des freien Transfers auch auf die andere Vertragspartei.

Artikel 5

Falls eine Vertragspartei einem ihrer Staatsangehörigen oder einer ihrer Gesellschaften auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage Zahlungen leistet, so erkennt die andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Staatsangehörigen oder dieser Gesellschaft auf die erstgenannte Vertragspartei kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäftes sowie den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte und Ansprüche an, die sie wie ihr Rechtsvorgänger wahrnehmen kann.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht mit Billigung der zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, eine abweichende Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 4 zu den in Artikel 4 festgelegten Bedingungen innerhalb der üblichen Fristen und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im

sans délai et librement transférable. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu à la fixation de l'indemnité et du mode de son versement. Les contestations relatives à la légalité de la décision d'expropriation et au montant de l'indemnité devront pouvoir être portées devant les tribunaux de droit commun.

(3) Les nationaux et sociétés d'une Partie Contractante dont les investissements auraient subi des dommages par l'effet d'un conflit armé, d'une révolution ou d'une émeute dans le territoire de l'autre Partie Contractante bénéficieront de la part de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux nationaux et sociétés de cette Partie ou d'un État tiers. Les sommes versées à ce titre sont librement transférables.

(4) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 ci-dessus sont également applicables au produit des investissements.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux nationaux et sociétés de l'autre Partie Contractante le transfert:

a) du produit des investissements, tel qu'il est défini à l'article 8, paragraphe 2;
b) du produit de la liquidation des investissements;
c) de l'indemnité d'expropriation prévue à l'article 3, paragraphe 2;
d) des sommes versées à titre de restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, dans le cadre des dispositions de l'article 3, paragraphe 3.

Dans les cas prévus à l'article 5, la garantie du libre transfert s'étend également à l'autre Partie Contractante.

Article 5

Si, en vertu d'une garantie donnée à un investissement, une Partie Contractante effectue des versements à l'un de ses nationaux ou à l'une de ses sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 10, reconnaîtra la transmission, par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ce national ou de cette société à la première Partie Contractante, ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications que la première Partie Contractante pourra exercer dans la même mesure que le prédécesseur.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire avec l'approbation des autorités compétentes de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts visés à l'article 4 seront effectués aux conditions prévues à l'article 4, dans des délais normaux et au cours de change applicable aux opérations courantes à la date du transfert.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation admise, aux termes de l'article IV, section 3, de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens

Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Sollte auch ein solcher Kurs nicht festgelegt sein, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

du paragraphe 2, il sera fait application du cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S. ou à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Au cas où un tel cours ne serait pas fixé, les autorités compétentes de la Partie Contractante, dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement, admettront un cours de change juste et équitable.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft durch Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung gewährt wird, als nach diesem Vertrag vorgesehen ist, so geht diese günstigere Regelung den Bestimmungen dieses Vertrages vor. Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei übernommen hat.

Article 7

Si la législation de l'une des Parties Contractantes ou les obligations internationales qui existent actuellement entre les Parties Contractantes ou qui découleront d'accords conclus ultérieurement entre les Parties Contractantes indépendamment du présent Traité contiennent des dispositions qui accordent aux investissements de nationaux et de sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, ce traitement plus favorable prévaudra sur les dispositions du présent Traité. Chaque Partie Contractante se conformera à tous autres engagements relatifs aux investissements de nationaux ou de sociétés de l'autre Partie Contractante auxquels elle aura souscrit.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen" umfaßt bei Anwendung dieses Vertrages alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch oder dergleichen;

b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;

c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

d) Rechte des gewerblichen Eigentums, Patente, Fabrik- und Handelsmarken, Goodwill;

e) Betriebskonzessionen auf Grund öffentlichen Rechts, einschließlich Konzessionen zur Aufsuchung, Förderung oder Gewinnung von Bodenschätzen, die ihrem Inhaber eine Rechtsstellung von einiger Dauer geben.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträgnisse" bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage als Gewinn oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) in bezug auf die Republik Madagaskar:

diejenigen Personen, die nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die madagassische Staatsangehörigkeit Madagassen sind.

(4) Im Sinne dieses Vertrages bezeichnet der Ausdruck „Gesellschaften" einer Vertragspartei jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertrags-

Article 8

(1) Le terme « investissements » comprend, pour l'application des dispositions du présent Traité, toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement:

a) les biens meubles et immeubles et tous autres droits réels, tels qu'hypothèques, droits de gage, usufruit, etc. ...;

b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;

c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;

d) les droits de propriété industrielle, brevets d'invention, marques de fabrique et de commerce, fonds de commerce;

e) les concessions d'entreprise en vertu du droit public, y compris les concessions de recherche, d'extraction ou d'exploitation des richesses du sol qui donnent à leur détenteur un statut légal d'une certaine durée.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par « produits » les sommes versées à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements.

(3) On entend par « nationaux »

a) au regard de la République fédérale d'Allemagne:

les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;

b) au regard de la République Malgache:

les personnes jouissant de la qualité de Malgache conformément aux dispositions législatives et réglementaires sur la nationalité malgache.

(4) On entend par « sociétés » d'une Partie Contractante aux termes du présent Traité: toute personne morale ainsi que toute société de commerce et autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de cette Partie Contractante

partei hat und nach deren Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

et constituée en conformité avec sa législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Artikel 9

Den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige und Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor Inkrafttreten dieses Vertrages, jedoch nicht vor dem 14. Oktober 1958, vorgenommen haben.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des nationaux ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité avec la législation de l'autre Partie Contractante, effectués sur le territoire de cette dernière avant l'entrée en vigueur du présent Traité, mais pas avant le 14 octobre 1958.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre, et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le national d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés, et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait national de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, national de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas national de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé, ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens im Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les deux Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées, au plus tard, au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Madagaskar innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Tananarive ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Bonn am 21. September 1962 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 12

Le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Malgache dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Tananarive.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prorogé pour une durée indéterminée, à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 12 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Bonn, le 21 septembre 1962 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Lahr

Für die Republik Madagaskar:
Rabemananjara

Pour la République fédérale d'Allemagne:
Lahr

Pour la République Malgache:
Rabemananjara

Protokoll

BEI DER UNTERZEICHNUNG des Vertrages über die Förderung von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Die Vertragsparteien erklären ihre Absicht, über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages Verhandlungen aufzunehmen, um nachstehende Fragen zu regeln, solange eine Regelung im Rahmen der Assoziierung der afrikanischen Länder und Madagaskars an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht getroffen ist:

Einreise und Ausreise, vorübergehender und ständiger Aufenthalt, Ausweisungsschutz, Aufnahme und Ausübung wirtschaftlicher und beruflicher Tätigkeiten, Gründung von und Beteiligung an Unternehmen ohne kapitalmäßige Beschränkungen, Arbeitserlaubnisse für leitendes und technisches Personal, Schutz und Sicherheit der Person und des Vermögens, freier Zugang zu den Gerichten, Vertragsfreiheit, Erwerb von Grundstücks- und sonstigem Eigentum, Zulassung als Schiedsrichter.

(2) Zu Artikel 1

Jede Vertragspartei kann im Rahmen des Artikels 1 in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften über die Zulassung für Kapitalanlagen entscheiden. Alle Vermögenswerte, die in Übereinstimmung mit diesen Rechtsvorschriften im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei von den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei angelegt worden sind, genießen den vollen Schutz des Vertrages. Soweit eine Zulassung erforderlich ist, genießen die Kapitalanlagen diesen Schutz vom Zeitpunkt der Erteilung der Zulassung an.

(3) Zu Artikel 2

a) Die Bestimmungen des Artikels 2 greifen für die Kapitalanlagen, die nicht im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei stehen, sondern nur ihrer tatsächlichen Kontrolle unterliegen, soweit es sich um Kapitalanlagen in der Form von Anteilsrechten oder Beteiligungen an Gesellschaften handelt, nur insoweit ein, als die Gesellschaften, an denen die Anteilsrechte oder Beteiligungen bestehen, Gesellschaften der anderen Vertragspartei im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 sind.

b) Als „ungünstigere Bedingungen" im Sinne des Artikels 2 werden insbesondere angesehen:

Jede Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, jede Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „ungünstigere Bedingungen" im Sinne des Artikels 2.

c) Die Bestimmungen des Artikels 2 des Vertrages finden keine Anwendung auf Einreise, Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer.

d) Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Zulassung einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei mit diesen

Protocole

LORS DE LA SIGNATURE du Traité relatif à l'encouragement des investissements, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République Malgache, les plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Faute d'un règlement dans le cadre de l'Association des Pays Africains et Malgache à la Communauté Économique Européenne, les questions suivantes seront réglées par un Traité d'Établissement en vue de la conclusion duquel les Parties Contractantes déclarent leur intention d'entamer des négociations:

Entrée et sortie, séjour temporaire et permanent, protection contre l'expulsion, admission à des activités économiques et professionnelles et exercice de ces activités, fondation d'entreprises sans limitation de capital et participation à ces entreprises, autorisations de travail pour personnel dirigeant et personnel technique, protection et sécurité de la personne et de la propriété, libre accès aux tribunaux, liberté de conclure des contrats, acquisition de fonds immobiliers et autres biens, admission à la fonction d'arbitre.

(2) ad article 1er

Dans le cadre de l'article premier, chaque Partie Contractante pourra, conformément à ses lois et règlements, décider de l'admission des investissements. Tous les biens investis dans le territoire d'une Partie Contractante, en conformité desdits lois et règlements, par les nationaux ou sociétés de l'autre Partie Contractante, jouiront de l'entière protection du Traité. Dans la mesure où une admission est requise, les investissements jouiront de cette protection dès l'instant de l'octroi de l'admission.

(3) ad article 2

a) Pour ce qui est des investissements qui ne sont pas la propriété de nationaux ou de sociétés d'une Partie Contractante, mais qui sont seulement soumis à leur contrôle effectif, les dispositions de l'article 2 n'interviendront, pour autant qu'il s'agit d'investissements réalisés sous forme de droits de participation ou autres participations à des sociétés, que dans la mesure où les sociétés faisant l'objet des droits de participation ou des autres participations sont des sociétés de l'autre Partie Contractante au sens de l'article 8, paragraphe 4.

b) Seront notamment considérées comme « conditions moins favorables » au sens de l'article 2: toute restriction touchant à l'acquisition de matières premières et de matières accessoires, de force motrice et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger, ainsi que toutes autres mesures ayant des effets analogues. Les dispositions de l'article 2 ne sauraient toutefois faire obstacle à l'application des mesures nécessaires au maintien de l'ordre public et à la protection de la santé, de la moralité et de la sécurité publiques.

c) Les dispositions de l'article 2 ne s'appliqueront pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en tant que salarié.

d) Lors de l'admission d'un investissement effectué par des nationaux ou sociétés d'une Partie Contractante, l'autre Partie Contractante pourra, dans l'intérêt de son économie nationale, convenir avec

besondere, von der in Artikel 2 vorgesehenen Behandlung abweichende Bedingungen vereinbaren. Sind Bedingungen dieser Art vereinbart, so werden die Bestimmungen des Artikels 2 insoweit nicht angewandt. Derartige Bedingungen sind nur wirksam, wenn in der Zulassungsurkunde, oder, falls eine solche nicht erforderlich ist, vor Einbringen der Kapitalanlage in einer besonderen schriftlichen Vereinbarung mit dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei die abweichenden Maßnahmen genau bezeichnet und im einzelnen festgelegt worden sind.

(4) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter „Enteignung" ist die Entziehung oder Beschränkung jeden Vermögenswerts oder Rechts, das allein oder mit anderen Vermögenswerten oder Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet, durch hoheitliche Maßnahmen und in einem Ausmaß zu verstehen, das einer Enteignung gleichkommt.

(5) Zu Artikel 4

a) In Abweichung von Artikel 4 Buchstaben a und b kann sich jede Vertragspartei, soweit es ihre Zahlungsbilanzlage erfordert, das Recht vorbehalten, Einschränkungen des freien Transfers vorzunehmen. Zu diesem Zweck kann jede Vertragspartei in der Zulassungsurkunde, oder, falls eine solche nicht erforderlich ist, vor Einbringen der Kapitalanlage in einer besonderen schriftlichen Vereinbarung Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei Einschränkungen des freien Transfers unterwerfen. Die Vertragsparteien werden von solchen Einschränkungen im Einzelfall nur insoweit Gebrauch machen, als dies ihre Zahlungsbilanzlage erfordert. In jedem Fall können jedoch jährlich mindestens:

8 % des Wertes der Kapitalanlagen bei Transferierungen nach Artikel 4 Buchstabe a;

10 % des Liquidationserlöses bei Transferierungen nach Artikel 4 Buchstabe b

transferiert werden.

Falls diese Beträge innerhalb eines Jahres nicht transferiert werden, können die Unterschiedsbeträge in den folgenden Jahren nachüberwiesen werden.

Einschränkungen der oben genannten Art werden zu dem Zeitpunkt und in dem Umfang unwirksam, wie die ihnen zugrunde liegenden Devisenvorschriften aufgehoben werden.

b) Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung sowie jede vollständige oder teilweise Rückführung von Kapital, das zum Zwecke einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eingeführt, jedoch dort nicht angelegt worden ist.

(6) Zu Artikel 6

Als „innerhalb der üblichen Fristen" im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 durchgeführt gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die üblicherweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich

ceux-ci de conditions spéciales dérogeant au traitement prévu par l'article 2. Pour autant que des conditions de ce genre auront été convenues, les dispositions de l'article 2 ne seront pas applicables. Les conditions de ce genre ne seront valables que si les mesures dérogatoires sont explicitement précisées et leurs modalités fixées dans l'instrument d'admission ou, si l'admission n'est pas requise dans un arrangement écrit conclu, avant d'effectuer l'investissement, avec le national ou la société de l'autre Partie Contractante.

(4) ad article 3

Les dispositions de l'article 3, paragraphe 2, sont également applicables au passage d'un investissement en propriété publique, à sa mise sous contrôle public, ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par « expropriation » le retrait ou la limitation, par mesure souveraine et d'une envergure équivalant à une expropriation, de tout bien ou droit qui, seul ou conjointement avec d'autres biens ou droits, constitue un investissement.

(5) ad article 4

a) Par dérogation aux dispositions de l'article 4, alinéas a) et b), chaque Partie Contractante pourra se réserver le droit de recourir à des restrictions à la liberté de transfert en cas de nécessité découlant de la situation de sa balance des paiements. A cet effet, chaque Partie Contractante pourra, dans l'instrument d'admission ou dans un arrangement particulier à passer par écrit avant la réalisation de l'investissement, si l'admission n'est pas requise, faire admettre par les nationaux et sociétés de l'autre Partie Contractante des restrictions à la liberté de transfert. Les Parties Contractantes n'auront recours à de telles restrictions que cas par cas et seulement dans la mesure où la situation de leur balance des paiements l'exigerait. Le transfert annuel minimum ci-après devra cependant être garanti dans chaque cas:

8 % de la valeur de l'investissement en ce qui concerne les transferts visés à l'article 4, alinéa a);

10 % du produit de la liquidation pour ce qui est de ceux visés à l'article 4, alinéa b).

Si ces montants ne sont pas transférés au cours d'une année, le transfert de la différence pourra être effectué pendant les années suivantes.

Des restrictions du genre de celles visées ci-dessus perdront effet dès que et dans la mesure où les dispositions de la réglementation des Changes sur lesquelles elles reposent auront été abolies.

b) Est également considérée comme « liquidation » au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement ainsi que toute réexportation totale ou partielle de capitaux importés dans le territoire d'une Partie Contractante aux fins d'investissements, mais qui n'y ont pas été placés.

(6) ad article 6

Est considéré comme effectué « dans des délais normaux » au sens de l'article 6, paragraphe 1, tout transfert qui a lieu dans le délai habituellement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai

ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden ordnungsgemäßen Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Zu Artikel 8

a) Zu Absatz 1

Die Vertragsparteien sind darüber einig, daß die Erträgnisse als Teil der Kapitalanlage den gleichen Schutz wie diese genießen.

Es besteht Einverständnis, daß eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei angelegt werden, zu der für diese Kapitalanlage erteilten Zulassung, sofern eine solche erforderlich war, nicht im Widerspruch stehen darf.

b) Zu Absatz 2

Unter „Gewinnanteile und Zinsen" im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 sind die auf die Kapitalanlage anteilig entfallenden Nettobeträge zu verstehen.

(8) Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschiffahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage erfolgt, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist, sowie für Personen, wenn die Beförderung im Auftrag eines solchen Unternehmens erfolgt.

(9) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

GESCHEHEN zu Bonn am 21. September 1962 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Lahr

Für die Republik Madagaskar:
Rabemananjara

commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative, en bonne et due forme, et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(7) ad article 8

a) ad paragraphe 1

Les Parties Contractantes ont convenu que le produit en tant que partie de l'investissement jouira de la même protection que ce dernier.

Il est entendu que les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis dans le territoire d'une Partie Contractante ne devront pas être contraires à l'admission accordée à cet investissement, si une telle admission a été requise.

b) ad paragraphe 2

On entend par «bénéfices et intérêts» au sens de l'article 8, paragraphe 2, les sommes nettes versées à ces titres sur les investissements.

(8) Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures qui, contrairement aux principes de la libre concurrence, éliminent ou entravent la participation de la navigation maritime de l'autre Partie Contractante au transport de biens destinés à des investissements au sens du présent Traité, ou de personnes, dont le transport s'effectue en connexion avec un tel investissement. Cette disposition s'applique également aux biens acquis, dans le territoire d'une Partie Contractante ou d'un État tiers, à l'aide de fonds d'une entreprise dans laquelle a été investi du capital au sens du présent Traité, ainsi qu'aux personnes dont le transport est effectué d'ordre d'une telle entreprise.

(9) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme national d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

FAIT à Bonn, le 21 septembre 1962 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:
Lahr

Pour la République Malgache:
Rabemananjara

Briefwechsel

1.

Le Ministre d'État
chargé de l'Économie Nationale

Bonn, le 21 Septembre 1962

Excellence,

À la suite des échanges de vues qui ont eu lieu entre nos deux délégations à l'occasion de la rédaction du Traité relatif à l'encouragement des investissements, j'ai l'honneur de vous préciser l'interprétation que le Gouvernement de la République Malgache entend donner à l'article premier de ce Traité: le Gouvernement de la République Malgache encouragera plus particulièrement la réalisation sur son territoire des investissements susceptibles d'être effectués par des nationaux et sociétés de l'autre Partie Contractante en vue de la création d'entreprises industrielles, agricoles ou minières ou de l'extension d'entreprises industrielles, agricoles ou minières existantes.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me faire tenir votre assentiment à cette interprétation.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma très haute considération.

Rabemananjara

Son Excellence
le Secrétaire d'État
au Ministère des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Monsieur Rolf Lahr
Bonn

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Auf Grund des zwischen unseren beiden Delegationen anläßlich der Abfassung des Vertrages über die Förderung von Kapitalanlagen gepflogenen Meinungsaustausches beehre ich mich, Ihnen gegenüber klarzustellen, welche Auslegung die Regierung der Republik Madagaskar Artikel 1 dieses Vertrages zu geben gedenkt: die Regierung der Republik Madagaskar wird insbesondere die Einbringung von Kapitalanlagen durch Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihr Hoheitsgebiet fördern, die der Errichtung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft oder des Bergbaus dienen oder für die Erweiterung bereits vorhandener Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft oder des Bergbaus vorgesehen sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dieser Auslegung bestätigen würden."

Ich habe die Ehre, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lahr

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister für Wirtschaft
der Republik Madagaskar,
Herrn Jacques Rabemananjara

2.

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Anläßlich des zwischen den beiden Delegationen gepflogenen Meinungsaustausches zu Artikel 2 des Vertrages habe ich dargelegt, daß im Rahmen des Artikels 2 die Staatsangehörigen und Gesellschaften der beiden Vertragsparteien Meistbegünstigung in bezug auf dritte Staaten genießen sollten. Sie haben erklärt, daß die Republik Madagaskar eine günstigere Behandlung der Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten als sie die eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften genießen, nicht zuließe. Im Hinblick auf diese Erklärung habe ich geglaubt, in Artikel 2 auf einer Bestimmung über die Meistbegünstigung nicht bestehen zu müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Sie von Vorstehendem Kenntnis genommen haben.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

L a h r

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister für Wirtschaft
der Republik Madagaskar,
Herrn Jacques R a b e m a n a n j a r a

Le Ministre d'État
chargé de l'Économie Nationale

Bonn, le 21 Septembre 1962

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre en date de ce jour ainsi conçue:

« À l'occasion des échanges de vues qui ont eu lieu entre nos deux délégations au regard de l'article 2 du présent Traité, je vous ai fait remarquer que les nationaux et sociétés des deux Parties Contractantes devraient, dans le cadre de l'article 2, bénéficier par rapport à des États tiers du traitement de la nation la plus favorisée. Vous avez déclaré à ce sujet que la République Malgache n'admet pas que des nationaux et sociétés d'États tiers bénéficient d'un traitement plus favorable que celui accordé à ses propres nationaux et sociétés. A la lumière de cette déclaration j'ai cru ne pas devoir insister sur l'insertion, dans le cadre de l'article 2, d'une disposition relative au traitement de la nation la plus favorisée.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me faire tenir l'assurance que vous avez pris bonne note de ce qui précède. »

J'ai l'honneur de vous confirmer que j'ai pris bonne note de ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma très haute considération.

R a b e m a n a n j a r a

Son Excellence
le Secrétaire d'État
au Ministère des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Monsieur Rolf L a h r
B o n n

(Übersetzung)

Der Staatsminister
für Wirtschaft

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Anläßlich des zwischen den beiden Delegationen gepflogenen Meinungsaustausches zu Artikel 2 des Vertrages habe ich dargelegt, daß im Rahmen des Artikels 2 die Staatsangehörigen und Gesellschaften der beiden Vertragsparteien Meistbegünstigung in bezug auf dritte Staaten genießen sollten. Sie haben erklärt, daß die Republik Madagaskar eine günstigere Behandlung der Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten als sie die eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften genießen, nicht zuließe. Im Hinblick auf diese Erklärung habe ich geglaubt, in Artikel 2 auf einer Bestimmung über die Meistbegünstigung nicht bestehen zu müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Sie von Vorstehendem Kenntnis genommen haben."

Ich beehre mich, Ihnen zu bestätigen, daß ich von Vorstehendem Kenntnis genommen habe.

Genehmigen Sie Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

R a b e m a n a n j a r a

Seiner Exzellenz
dem Staatssekretär
im Auswärtigen Amt
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Rolf L a h r
B o n n

3.

Le Ministre d'État
chargé de l'Économie Nationale

Bonn, le 21 Septembre 1962

Excellence,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République Malgache et la République fédérale d'Allemagne et relatif à l'encouragement des investissements, j'ai l'honneur de vous confirmer, qu'au cours de nos négociations un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

Pendant la durée de l'appartenance de la République Malgache à la Zone franc, le numéro 5 a) du Protocole ne sera pas appliqué à des transferts effectués en monnaie nationale, dans le cadre de l'article 4, à l'intérieur de la Zone franc. Pendant la même période, la République fédérale d'Allemagne n'aura pas recours aux possibilités de restriction visées au numéro 5 a) du Protocole.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me faire tenir votre accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma très haute considération.

Rabemananjara

Son Excellence
le Secrétaire d'État
au Ministère des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Monsieur Rolf Lahr
Bonn

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den heute zwischen der Republik Madagaskar und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen zu bestätigen, daß im Verlauf unserer Verhandlungen eine zusätzliche Vereinbarung über folgende Punkte erzielt worden ist:

Für die Dauer der Zugehörigkeit der Republik Madagaskar zur Frankenzone findet Ziffer 5 a des Protokolls keine Anwendung auf Transferierungen in Landeswährung, die im Rahmen des Artikels 4 innerhalb der Frankenzone erfolgen. Während des gleichen Zeitraumes nimmt die Bundesrepublik Deutschland die in Ziffer 5 a des Protokolls vorgesehene Einschränkungsmöglichkeit nicht in Anspruch.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem mitteilen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lahr

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister für Wirtschaft
der Republik Madagaskar,
Herrn Jacques Rabemananjara

4.

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Auf Grund des Meinungsaustausches, der zwischen unseren beiden Delegationen anläßlich der Abfassung von Ziffer 8 des Protokolls zum Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen stattgefunden hat, sind beide Delegationen übereingekommen, Ziffer 8 des genannten Protokolls durch Vorschriften über die Luftfahrt zu ergänzen.

Die diesbezüglichen Verhandlungen werden im Hinblick auf die Unterzeichnung eines Protokolls so bald wie möglich aufgenommen werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lahr

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister für Wirtschaft
der Republik Madagaskar,
Herrn Jacques Rabemananjara

Le Ministre d'État
chargé de l'Économie Nationale

Bonn, le 21 Septembre 1962

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, rédigée comme suit:

« À la suite des échanges de vues qui ont eu lieu entre nos deux délégations à l'occasion de la rédaction du numéro 8 du Protocole du Traité relatif à l'encouragement des investissements, les deux délégations ont convenu de compléter le numéro 8 dudit Protocole par des dispositions sur la navigation aérienne.

Les négociations à ce sujet seront entreprises dans les meilleurs délais en vue de la conclusion d'un Protocole.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me faire tenir votre accord sur ce qui précède. »

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma très haute considération.

Rabemananjara

Son Excellence
le Secrétaire d'État
au Ministère des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Monsieur Rolf Lahr
Bonn

(Übersetzung)

Der Staatsminister
für Wirtschaft

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Auf Grund des Meinungsaustausches, der zwischen unseren beiden Delegationen anläßlich der Abfassung von Ziffer 8 des Protokolls zum Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen stattgefunden hat, sind beide Delegationen übereingekommen, Ziffer 8 des genannten Protokolls durch Vorschriften über die Luftfahrt zu ergänzen.

Die diesbezüglichen Verhandlungen werden im Hinblick auf die Unterzeichnung eines Protokolls so bald wie möglich aufgenommen werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit dem Vorstehenden zu erklären.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Rabemananjara

Seiner Exzellenz
dem Staatssekretär
im Auswärtigen Amt
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Rolf Lahr
Bonn

5.

Le Ministre d'État
chargé de l'Économie Nationale

Bonn, le 21 Septembre 1962

Excellence,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République Malgache et la République fédérale d'Allemagne et relatif à l'encouragement des investissements, j'ai l'honneur de vous confirmer, qu'au cours de nos négociations un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements effectués par des nationaux ou des sociétés allemands à Madagascar, le Gouvernement de la République Malgache, avant même l'entrée en vigueur d'un Traité d'Établissement dont la négociation est envisagée, accordera aux nationaux allemands qui, en connexion avec des investissements effectués par des nationaux ou des sociétés allemands, désireraient entrer, séjourner ou exercer une activité de salarié dans la République Malgache, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me faire tenir votre assentiment sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma très haute considération.

Rabemananjara

Son Excellence
le Secrétaire d'État
au Ministère des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Monsieur Rolf Lahr
Bonn

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, den 21. September 1962

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den heute zwischen der Republik Madagaskar und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen zu bestätigen, daß im Verlaufe unserer Verhandlungen eine zusätzliche Vereinbarung über folgenden Punkt erzielt worden ist:

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in Madagaskar zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Madagaskar bereits vor Inkrafttreten eines Niederlassungsabkommens, über dessen Abschluß Verhandlungen vorgesehen sind, deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in die Republik Madagaskar einreisen, sich dort aufhalten oder dort eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lahr

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister für Wirtschaft
der Republik Madagaskar,
Herrn Jacques Rabemananjara

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, durch günstige Bedingungen die private wirtschaftliche Initiative zu Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu beleben. Die Förderung privater Auslandsinvestitionen erscheint ihr als geeignetes Mittel, den wirtschaftlichen Aufbau in den Entwicklungsländern durch die Zuführung von Geld und Sachkapital in Verbindung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, technischen Erfindungen und Verfahren über die wirksamste Anlage des Kapitals zu begünstigen. Der deutsch-madagassische Vertrag vom 21. September 1962 über die Förderung von Kapitalanlagen soll diesem Zweck dienen und ist geeignet, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar bestehenden vertrauensvollen wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Darüber hinaus trägt der Vertrag dem § 24 Abs. 1 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1963 und den entsprechenden Bestimmungen früherer Haushaltsgesetze Rechnung. Diese Bestimmungen ermächtigen den Bundesminister der Finanzen, zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen in der Regel dann zu übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-madagassische Vertrag vom 21. September 1962 über die Förderung von Kapitalanlagen ist in Bonn verhandelt worden. Er lehnt sich, ebenso wie die mit weiteren Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art, an die von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sich diese mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt er sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage von Bedeutung sind, so namentlich die Frage des Transfers und des Wechselkurses. Der Vertrag ist eine rechtliche Voraussetzung für die Gewährung einer Garantie im Sinne der oben erwähnten Haushaltsgesetze mit der Wirkung, daß bei einer Garantiegewährung in der Regel nicht mehr zu prüfen sein wird, ob durch die Rechtsordnung Madagaskars oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gegeben ist.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält dreizehn Artikel; ihm sind ein Protokoll und fünf Briefwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Nach Artikel 1 wird jede Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern. Nach Protokollziffer 2 kann jedoch jede Vertragspartei über die Zulassung von Kapitalanlagen auf Grund ihrer Rechtsvorschriften entscheiden. Alle Vermögenswerte, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet angelegt worden sind, genießen den vollen Schutz des Vertrages. Soweit eine Zulassung erforderlich ist, tritt dieser Schutz erst vom Zeitpunkt der Erteilung der Zulassung an ein.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei in gleichartigen Fällen die Inländerbehandlung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, und zwar hinsichtlich der in ihrem Eigentum oder unter ihrer tatsächlichen Kontrolle stehenden Kapitalanlagen, hinsichtlich ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen sowie hinsichtlich der Verwaltung, des Gebrauchs oder der Nutzung ihrer Kapitalanlagen.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Protokollziffer 4 auch die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand sowie auch enteignungsgleiche Maßnahmen. Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden leiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich etwaiger Rückerstattungen oder Entschädigungen Inländerbehandlung; die zu diesem Zweck geleisteten Beträge sind frei transferierbar. Nach Absatz 4 gelten diese Grundsätze auch für die Erträgnisse von Kapitalanlagen.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet grundsätzlich den Transfer des Kapitals, seiner Erträgnisse und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses. Nach Protokollziffer 5 Buchstabe a sind im Einzelfall Einschränkungen des Transfers aus Gründen der Zahlungsbilanzlage einer Vertragspartei zulässig. Solche Einschränkungen müssen in der Zulassungsurkunde oder, falls eine solche nicht erforderlich ist, vor Einbringen der Kapitalanlagen in einer besonderen schriftlichen Vereinbarung niedergelegt werden. Jährlich können in jedem Fall Erträgnisse in Höhe von mindestens 8 % des Wertes der Kapitalanlagen sowie 10 % des Liquidationserlöses frei transferiert werden.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik

sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in der Republik Madagaskar vorgenommene Kapitalanlage Zahlungen leistet, in die Lage, die auf die Bundesrepublik Deutschland übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich zu erfolgen haben, und zwar zu dem Kurs, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Dabei ist die im Abkommen über den Internationalen Währungsfonds zugelassene Schwankungsbreite oberhalb und unterhalb der Parität zu berücksichtigen. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung dar.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Definitionen der Ausdrücke „Kapitalanlagen", „Erträgnisse", „Staatsangehörige", und „Gesellschaften". Nach Protokollziffer 7 Buchstabe a genießen die Erträgnisse als Teil der Kapitalanlage den gleichen Schutz wie diese.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für solche Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrages, jedoch nicht vor dem 14. Oktober 1958, vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 berechtigt jede Vertragspartei, im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, soweit diese durch diplomatische Verhandlungen nicht beigelegt werden können, ein von den Vertragsparteien zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und die für das Schiedsverfahren geltenden Grundsätze.

Zu Artikel 11

In Artikel 11 verpflichten sich die Vertragsparteien, den Schutz von Kapitalanlagen nach Maßgabe des Vertrages auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Unberührt bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund des Völkerrechts zulässig sind.

Zu Artikel 12

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Der Vertrag enthält daher eine Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere zwanzig Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in neun Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrag. Abgesehen von den unter den Artikeln 1, 3, 4 und 8 bereits erwähnten Protokollziffern 2, 4, 5 Buchstabe a und 7 Buchstabe a enthält es

in Ziffer 1 eine Absichtserklärung über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages;

in Ziffer 3 Bestimmungen zu Artikel 2, nämlich

nach Buchstabe a, daß die Inländerbehandlung für solche Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei, deren Kapitalanlage nicht in ihrem Eigentum steht, vielmehr nur ihrer Kontrolle in der Form von Anteilsrechten oder Beteiligungen an Gesellschaften unterliegt, lediglich insoweit eingreift, als diese Anteilsrechte und Beteiligungen an Gesellschaften im Sinne von Artikel 8 Abs. 4 bestehen;

nach Buchstabe b eine Erläuterung des Ausdrucks „ungünstigere Bedingungen" im Sinne der Nichtdiskriminierungsbestimmungen des Artikels 2;

nach Buchstabe c eine Klarstellung, daß die Nichtdiskriminierungsbestimmungen des Artikels 2 nicht auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer Anwendung finden; für deutsche Staatsangehörige in Madagaskar gilt insoweit der Briefwechsel Nr. 5;

in Ziffer 5 Buchstabe b eine Erläuterung des Ausdrucks „Liquidation";

in Ziffer 6 eine Klarstellung des Ausdrucks „innerhalb der üblichen Fristen" im Zusammenhang mit den Vorschriften über den Transfer;

in Ziffer 7 Buchstabe b eine Klarstellung, daß unter „Gewinnanteilen und Zinsen" im Sinne des Artikels 8 Abs. 2 die auf die Kapitalanlage anteilig entfallenden Nettobeträge zu verstehen sind;

in Ziffer 8 Bestimmungen, die diskriminierende Maßnahmen auf dem Gebiet der Seeschiffahrt ausschließen, sofern es sich um die Beförderung von Gütern handelt, die für eine Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind oder mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

Zu den Briefwechseln

Der Briefwechsel Nr. 1 enthält eine Klarstellung, daß die madagassische Regierung in Auslegung des Artikels 1 insbesondere die Errichtung oder Erweiterung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft oder des Bergbaues für förderungswürdig hält;

der Briefwechsel Nr. 2 enthält einen Hinweis auf die Gründe, die für den Verzicht auf die Meistbegünstigungsklausel in Artikel 2 des Vertrages maßgebend waren; der Briefwechsel Nr. 3 enthält eine Vereinbarung, wonach die Protokollziffer 5 Buchstabe a für die Dauer der Zugehörigkeit der Republik Madagaskar zur Frankenzone für Transferierungen, die im Rahmen des Artikels 4 innerhalb der Frankenzone stattfinden, nicht anwendbar ist, und daß gleichermaßen die Bundesrepublik Deutschland im gleichen Zeitraum die in dieser Protokollziffer vorgesehenen Einschränkungsmöglichkeiten nicht in Anspruch nehmen wird;

der Briefwechsel Nr. 4 enthält eine Absichtserklärung der beiden Regierungen, wonach Ziffer 8 des Protokolls durch Vorschriften über die Luftfahrt sobald wie möglich ergänzt werden soll;

der Briefwechsel Nr. 5 enthält eine Vereinbarung hinsichtlich der Einreise, des Aufenthaltes und der Tätigkeit der deutschen Staatsangehörigen im Hoheitsgebiet der Republik Madagaskar im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.